

Stolper Post

Tageszeitung
für Stadt und Land



Amtliches
Publikations-Organ

Erscheint wöchentlich sechsmal. Bezugspreis für den Monat 75 Goldpfennig. Bei der Post für den Monat 80 Goldpfennig. Geschäftsstelle und Schriftleitung: Stolp, Präsidentenstr. 45. Fernsprecher 18.

Anzeigenpreis: Die 6spaltene Kleinzeile oder deren Raum 20 Goldpfennig, für Inserenten im Stadtbezirk Stolp 10 Goldpfennig, für Stellengesuche und Familienanzeigen 50% Nachlaß; die 3spaltene Kleinzeile 50 Goldpfennig. Anzeigenannahme für denselben Tag bis vormittags 10 Uhr.

Mit Gott für Volk und Vaterland

Nr. 40

Stolp, Donnerstag, den 17. Februar 1927

51. Jahrgang

Köhlers Statsrede im Reichstag.

Ernstere Lage der Reichsfinanzen.

Zur Eröffnung der Plenarberatungen über den Reichshaushalt für 1927 gab heute im Reichstag der neue Finanzminister Dr. Köhler ein ausführliches Bild über die Lage der Reichsfinanzen und über die Wege, welche die Finanzpolitik des neuen Kabinetts in Zukunft einzuschlagen gedenkt. Er fand sich wohl oder übel mit der schon rein technisch bedingten Notwendigkeit ab, daß von der vergangenen Regierung übernommene Übernahmen zu müssen, wie es eben ist. Aber, die Verbeibehaltung des übernommenen starren Rahmens ist nicht gleichbedeutend mit einer Übernahme der bisherigen Methoden! Im Gegenteil: Wenn auch Herr Dr. Köhler es peinlich verriet, den Namen seines Vorgängers auszusprechen, so gestaltete sich seine Rede zu einer scharfen, behutsam vernünftigen Kritik der Finanzpolitik des Demokraten Reichhold. Ohne ihn zu nennen, stellte Dr. Köhler Herrn Reichhold heute nur durch die Aufzählung nackter Tatsachen das Zeugnis aus, ein finanzpolitischer Hahndar gewesen zu sein, ein Hahndar, der sich vor dem Zusammenbruch nur retten konnte, weil ihm durch die Entlastung der deutschen Wirtschaft infolge des englischen Bergarbeiterstreiks ein unermutetes Glücksgeschehn in den Schoß fiel.

★

Berlin, 16. Februar.

Nach mehrtägiger Pause hat der Reichstag heute seine Arbeiten wieder aufgenommen. Auf der Tagesordnung stand als einziger Punkt die erste Beratung des Reichshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1927 in Verbindung mit der ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes zur Ubergangsregelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden. Wie üblich, leitete

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

diese Beratung ein mit einer großen programmatischen Statsrede. Einleitend betonte er, daß der Haushaltsplan von seinem Vorgänger aufgestellt und von der neuen Regierung unverändert übernommen worden sei. Das Haushaltsjahr 1926 schloß mit einem kleinen Uberschuß ab.

Die herabgesetzte Umsatzsteuer sei um 130 Millionen hinter dem in den Etat eingeschätzten Ertrag zurückgeblieben. (Hört, hört!) Auch die als Wirkung der Herabsetzung erwartete Senkung der Preise sei nicht eingetreten. (Hört, hört!) Die Finanzlage sei jetzt so, daß die früheren Uberschüsse verbraucht sind und die Wirtschaftslage die erhoffte Besserung nicht erfahren hat. (Lebhaftes Hört, hört!) Das Gleichgewicht des vorliegenden Etats ist nur scheinbar, denn es sind keine Mittel vorgesehen für die zu erwartenden größeren Ausgaben. (Lebhaftes Hört, hört!) und es sind keine Reserven vorhanden.

Wenn das Arbeitslosenversicherungsgesetz am 1. April noch nicht in Kraft treten kann, dann muß das Reich für

die Erwerbslosenfürsorge

monatlich 40 Millionen aufbringen, für die keine Deckung vorhanden ist. (Hört, hört!) Außerdem wird die den Beamten so oft gegebene Zusage der Aufbesserung ihrer Bezüge eingelöst werden müssen, denn den Weg einmaliger Beihilfen wollen wir verlassen. (Weifall.) Dabei ist die Hoffnung auf eine weitere fortschreitende Besserung der Wirtschaft recht gering. Eine pflegliche Behandlung der Steuerquellen ist notwendig.

Die in der Gefundung begriffene Wirtschaft soll nicht mit neuen Lasten belegt werden. Nach Möglichkeit soll

mit der Steuerentlastung fortgefahren

werden, und zwar sollen in erster Linie die Abgaben für notwendige Verbrauchsartikel und die Realsteuern herankommen. Die Voraussetzung dafür ist eine wesentliche Einschränkung der Ausgaben. Ich habe Vereinfachungsmaßnahmen vorbereitet, mit denen erreicht werden soll, daß der Steuerzahler ohne Steuerberater auskommen kann. (Weifall.) Im gegenwärtigen Augenblick kann ich die Verantwortung für eine gerechte, gleichmäßige Steuerbelastung nicht übernehmen.

Das Haushaltsjahr 1927 werden wir nur dann gut überstehen können, wenn bei den Ausgaben wesentliche Abstriche gemacht werden. Wir werden im Arbeitsbeschaffungsprogramm auch noch prüfen müssen die Zweckmäßigkeit von Wasserstraßen angesichts der unumwandelbaren Vorgänge auf dem Gebiete der Technik.

Die Kriegs- und Reparationslasten werden im Etatsjahr allein 3,3 Milliarden betragen. Die Lasten steigern sich weiter und ich erkenne noch keine Möglichkeit, wie wir trotz allen guten Willens diese Beträge in den nächsten Jahren werden aufbringen können. (Hört, hört!) Deutschland wird alles tun, um seine Verpflichtungen loyal zu erfüllen, aber man muß ihm dazu auch die wirtschaftliche Möglichkeit geben.

Der Minister geht dann auf die einzelnen Statspositionen ein. Am Schluß seiner Rede behandelt Minister Dr. Köhler den vorläufigen Finanzausgleich

und erklärt dazu: Die reichseigene Finanzverwaltung, so wie sie in ihren Grundzügen von Erzberger geschaffen worden ist, halte ich auch in Zukunft für erforderlich. Aber unter ihrem schwingenden Dach soll sich das Eigenleben der Länder voll entwickeln können. Bei der jetzigen unruhigen Wirtschaftslage ist die Einkommensteuer noch nicht der geeignetste Träger der Länderhaushalte. Bei den umfangreichen Vorarbeiten, die notwendig sind, ist kaum damit zu rechnen, daß der Finanzausgleich am 1. April 1928 vorgelegt werden kann. Dem Finanzbedarf der Länder will die Reichsregierung dadurch Rechnung tragen, daß die Gesamtgarantie für die Umsatzsteuer von 2,1 auf 2,4 Milliarden erhöht wird. Auch die Anteile der süddeutschen Länder an der Biersteuer sollen neu geregelt werden. Im Interesse des Reiches und der Länder, so schließt der Minister, ist eine gründliche Vereinfachung der öffentlichen Verwaltung jetzt die dringendste Aufgabe. Ich werde mit allem Eifer an der Drosselung der Ausgaben arbeiten und rechne dabei auf die Unterstützung des Reichstags. (Weifall bei den Regierungsparteien.)

Die Aussprache.

Abg. Herb (Soz.) übte auf der Finanzpolitik des Reiches scharfe Kritik; insbesondere bekämpfte er die starke Steigerung der Ausgaben bei der Marine, die Ueberbesetzung der höheren Marineoffiziersstellen sei militärisch in keiner Weise berechtigt. Besonders auffällig seien bei der Reichswehr die Ausgaben für Waffen, Munition und Heeresgerät. Die Ausgaben für die Erwerbslosen seien für die Uebergangszeit zu niedrig angesetzt. Für die Liquidationsschäden müßten neue Mittel bereitgestellt werden. Ebenso dringlich sei eine endgültige Regelung des Aufwertungsproblems. Weiter forderte er eine stärkere Anspannung der Hauszinssteuer und lehnte eine Wertschätzung als im gegenwärtigen Augenblick unverantwortlich ab.

Abg. Dr. Obersohn (Deutsch.) erinnert an eine der letzten Reden des früheren Reichsfinanzministers Dr. Reichhold, in der ein erfreulicher Uberschuß aus dem Etatsjahr 1926 angekündigt wurde. Dieser überschäumende Optimismus sei jetzt gründlich durch die Tatsachen widerlegt. Dr. Reichhold habe sein Amt übernommen mit 900 Millionen Reserven und er lasse jetzt einen Etat zurück, der überhaupt keine Reserven mehr aufweist. (Hört! Hört! rechts.) In Reichholds Kritik liege ein großes Maß politischer Undankbarkeit. Tatsächlich habe Dr. Reichhold überhaupt, abgesehen vom englischen Kohlenstreik, nur gelebt von den finanziellen Reserven, die ihm sein vielgeschmähter und verkannter Vorgänger hinterlassen hat. Herr von Schlieben habe gar nicht die Ehefäurierungs-politik getrieben. Er habe vielmehr die steuerliche Ueberspannung vermindert, die unter Finanzminister Dr. Luther herrschte. Mit seiner vorsichtigen Politik habe von Schlieben das Vertrauen des Auslandes in die deutsche Wirtschaft gestärkt. Die Früchte dieser Politik habe sein Nachfolger Dr. Reichhold geerntet. Jetzt stehe das Reich vor schweren finanziellen Sorgen angesichts des Anwachsens der Darlehenslasten und des Fehlens der früheren Reserven. Durch die Erfüllung der Zusage, daß alle Lasten der Erwerbslosenfürsorge vom Reich übernommen werden sollen, würden die Reichsfinanzen in eine geradezu katastrophale Lage kommen. Der Etat sehe für diesen Zweck überhaupt keine Ausgaben vor. Wenn überhaupt ein Uberschuß erzielt wird, dann muß in erster Linie an die notwendigen Kleinrentner gedacht werden. Die neue Beamtenbesoldungsordnung darf nicht mehr zu lange hinausgeschoben werden. Die unteren und mittleren Beamten müßten dabei vor allem berücksichtigt werden, aber auch die höheren Beamten dürften diesmal nicht leer ausgehen. Die Pläne des neuen Ministers Dr. Köhler auf Vereinfachung der Steuererhebung finden volle Unterstützung der Deutschnationalen. Man muß schließlich zu 4 Steuerzahlungssterminen im Jahre kommen. Ganz falsch ist die Behauptung, daß der landwirtschaftliche Großgrundbesitz bei der Steuerbelastung absichtlich begünstigt werde. Die Senkung der Reichsteuer bleibt unwirksam, wenn nicht auch die Realsteuern der Länder und Gemeinden gesenkt werden. Die Gesamtbelastung der Wirtschaft muß so gesenkt werden, daß jede Steuer allein aus dem Ertrag gedeckt werden kann, ohne Eingriff in die Substanz. Eine grundsätzliche Neuregelung der Aufwertungs-gesetzgebung müßten wir ablehnen. Der neue Reichsfinanzminister hat die Lage geahndelt, wie sie wirklich ist. Wir werden ihn unterstützen auch bei seinen Bemühungen zur Drosselung der Ausgaben. (Weifall rechts.)

Die Weiterberatung wird auf Donnerstag, 2 Uhr, vertagt.

Die Gewerbesteuer für 1927.

Aus dem Preussischen Landtag.

Berlin, 16. Februar.

Nach Ueberweisung eines volksparteilichen Urautrages auf Errichtung von Industriefabriken nahm der Landtag heute zunächst die Resolutions des Hauptausschusses zur hannoverschen Typhusepidemie an. Es folgte dann die zweite Beratung der Gewerbesteuer für 1927.

Abg. Dr. Neumann-Frohnan (D. Vpt.) erklärt als Bericht-ersteller, daß in den Ausschussberatungen im wesentlichen die Regierungsvorlage bekräftigt worden sei. Diese Ausschussbeschlüsse regeln die Frage der abzugsfähigen Betriebsausgaben. Abzugsfähig sollen nicht sein u. a. die Zinsen für das Gewerbelkapital und die Schulden, die zum Zwecke der Betriebsverbesserung gemacht worden sind, die Bezüge der Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaften, G. m. b. H. usw., sowie bei Konjunkturereignissen der sogenannte Kundengewinn, soweit er 5 v. H. der auf die Waren geleisteten Vorzahlungen übersteigt. Außerdem solle nicht zu den abzugsfähigen Betriebsausgaben gehören der Teil der Miet- und Pachtzinsen, der über die von gleichartigen Betrieben üblicherweise gezahlten Miet- und Pachtzinsen hinausgeht. Maßgebend für die Feststellung des Gewerbelkapitals bzw. des Betriebsvermögens ist der auf Grund des Reichsbewertungsgesetzes festgestellte Einheitswert. In der Vorphandlung erklärt Abg. von Jabobshagen (Dnl.): Die jetzige Vorlage bringe den Ertragsgedanken noch lange nicht genug zur Geltung. Noch immer sei eine Doppelbewertungsmöglichkeit der Gewerbetreibenden durch die den Gemeinden gelassene Möglichkeit der Belastung des Gewerbeertrages mit der Lohnsummen- und Grundsteuer möglich.

Abg. Thiele (Soz.) betont, daß kleine und mittlere Gewerbe zweifellos in Not seien; die Ursache hierfür liege aber im Fehlen des ausreichenden Betriebskapitals.

Abg. Köllges (Ztr.) weist darauf hin, daß die Gewerbesteuer das Vierfache der Friedenssätze betrage trotz der ungleich schwierigeren Wirtschaftslage. Zweifellos bestehe eine Gefahr der Schädigung von Gemeinden durch die Neuregelung; aber auch die Gemeinden müßten sparen.

Abg. Dr. Neumann (D. Vp.) erklärt: Eine zehn- bis fünfzehnprozentige Wegsteuerung des Gewerbeertrages, die jetzt bestehe, sei nicht zu tragen. Im übrigen erklärt der Redner die Zustimmung seiner Partei zu den Beschlüssen des Hauptausschusses.

Abg. Hoyer (Dem.) fordert gerechte endgültige Regelung der Abzugsfähigkeiten der Schuldzinsen. Der jetzigen Regelung könne nicht zugestimmt werden. Die Ausschussbeschlüsse würden für Handwerk und Gewerbe eine erhebliche Erleichterung bedeuten.

Abg. Artiedl-Welzen (Wirtsch. Bga.) tritt für Aufhebung der mittelstandsfeindlichen Gewerbesteuern ein. Preußen sei das mittelstandsfeindlichste unter den deutschen Ländern.

Abg. Wiegand (Völk.) lehnt namens seiner Partei den vorliegenden Entwurf ab. Redner kündigt einen Entschließungsantrag seiner Fraktion an, in dem für Gewerbetriebe, deren Ertrag sich verringern sollte, Steuernachlässe gefordert werde.

Donnerstag Weiterberatung.

Gefler rechnet mit der S. P. D. ab.

Eine Antwort auf Anpassungen und Haushaltsauschuß.

Berlin, 16. Februar. Der Haushaltsauschuß des Reichstages begann die Beratung des Haushaltes des Reichswehrministeriums 1927. Berichterstatter Abg. Stücken (Soz.) kritisiert die Art der Anforderungen dieses Etats, wie für die Ministerien usw. Eine Ersparnis bedeute der Bericht des Ministers auf einen Staatssekretär. Redner fragt nach der Herkunft von Mitteln für gewisse Glasfabriken und berührt auch die russischen Fragen. Er fragt weiter, wie die Verbindung der Wehrverbände von der Reichswehr gelöst werde und wie endlich die Rekrutierung der Reichswehr gelöst werden solle.

Mitberichterstatter Abg. Erving (Zentrum) sprach sich gleichfalls für eine genaue Prüfung des Etats aus. Redner verlangte dann eine Regelung des Anwerbens für die Offiziersanwärter der Reichswehr, die Länder und Stämme des Deutschen Reiches gebührend berücksichtigt.

Reichswehrminister Dr. Gefler führte aus, daß er während 7 Jahre seiner Amtstätigkeit keiner Schwierigkeit aus dem Wege gegangen sei, aber er habe es für zweckmäßig befunden, die Aufräumung aller Schwierigkeiten nicht immer in der breiten Öffentlichkeit vorzunehmen, es lag stets die Gefahr vor, daß jedes Wort des Reichswehrministeriums von böswilliger Seite insbesondere im Auslande entstellt und dann tendenziös verarbeitet wurde.

Der Minister sprach sich dann gegen die Schaffung einer besonderen Staatssekretärsstelle im Reichswehrministerium aus. Der Staatssekretär solle der sachliche Berater des Ministers sein. Entsprechend dem Uebereinkommen mit der Entente ist aber seinerzeit ausdrücklich festgelegt worden, daß die

